

# mitte drin

Ausgabe 10 / 2014 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

## Max-Planck-Gymnasium bleibt erhalten

*SPD-geführtes Bezirksamt gibt unsinnige Planungen auf*

Zur ersten Sitzung nach der Sommerpause wurde am 2. September der Hauptausschuss der BVV (Bezirksverordnetenversammlung) mit einem Konsolidierungskonzept überrascht, in dem die Schließung des Max-Planck-Gymnasiums (MPG) in der Singerstraße beschlossen werden sollte. Auch die Schulleitung wurde erst nach der Sommerpause über diese Pläne informiert.

Am 18. September sollte, so der Plan von Bürgermeister und Finanzstadtrat Hanke und Schulstadträtin Smentek (beide SPD), die BVV mit einem Nachtragshaushalt für das Jahr 2015 auch dieses Konzept beschließen und damit das Schicksal des MPG besiegeln. Nur durch den schnellen und beherzten Protest der

Schüler-, Eltern- und Lehrerschaft konnte dieses Vorhaben verhindert werden. Innerhalb von zwei Tagen wurden bei einer

Online-Petition über zweitausend Unterschriften gesammelt. Zur Demo am 11. September kamen über 500 Unterstützer des MPG.

Da aus schul- und finanzpolitischen Gründen die Schließung des MPG eine sehr schlechte Idee war, piffte noch vor Demobeginn Schulsenatorin Scheeres (SPD) den Bezirk zurück und verkündete, dass die Schließung des MPG nicht in Frage kommt. Die eigentliche Demo ging dann auch nur 15 Minuten



Erfolgreicher Protest der Schüler, Lehrer und Eltern

und endete im Freudenjubiläum der Schüler, als Frau Smentek die geplante Schließung zurücknehmen musste.

### „Die beste aller schlechten Möglichkeiten“

In der nachfolgenden Schulausschusssitzung der BVV sagte Frau Smentek, dass die Schließung des MPG nur die „beste aller

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

### Wie kann Berlin die gegenwärtige Krise überwinden?

Schwarz-rot stagniert, dümpelt seit Monaten vor sich hin, statt gemeinsame Zielstellungen für die Entwicklung Berlins zu erarbeiten. Klaus Lederer, Vorsitzender der Berliner Linkspartei, skizziert notwendige Überlegungen für eine alternative Politik.

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

### Katja Antonias bunter Container am Stephanplatz

Dieser Container hat's in sich: Fahrräder und Fußbälle, Puppen und Holzbaukästen - und alles wird kostenlos an Moabiter Kinder verliehen. Katja Antonia Hanke freut sich, wenn sich damit für Kinder und junge Leute "Negatives zum Positiven" verändert.

Fortsetzung auf Seite 4 ▷

### Warum ist es so schwer mit dem Frieden in Nahost?

Für Adi Liraz, israelische bildende Künstlerin, ist der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern seit Jahren Thema ihrer Werke. Sie erläutert, warum sie aktiv half, Friedenskundgebungen in Berlin-Mitte, Kreuzberg und Neukölln zu organisieren.

Fortsetzung auf Seite 6 ▷

+++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ Weitersagen +++ weitersagen +++



**Einladung zur Eröffnung des Berlinxx.net**

09.10. ab 18 Uhr

Greifswalder Straße 220

Bürgerbüro von Carola Bluhm, Uwe Doering und Klaus Lederer

**DIE LINKE.**

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin  
Tel.: 030 / 240 09-336, Fax -337  
Mo. bis Mi. 9-16.30 Uhr,  
Do. bis 19 Uhr

## Aus der BVV

# Faire Bürgerbeteiligung einfordern!

**V**oll war die Tagesordnung dieser BVV und das nicht nur wegen der gerade zu Ende gegangenen Sommerpause oder der sage und schreibe sieben Bürgeranfragen! Nein, es waren auch noch Drucksachen aus dem Juni offen und darüber hinaus sollten gleich mehrere für den Bezirk wichtige Themen behandelt werden.

Eins dieser Themen war die Jugendverkehrsschule (JVS) in der Bremer Straße 10 in Moabit. Insgesamt betreibt der Bezirk derzeit drei Jugendverkehrsschulstandorte und beabsichtigt seit nunmehr einem Jahr, den Standort in der Bremer Straße aufzugeben und das dortige Areal mit Wohnungen neu zu bebauen. Dabei gibt es allerdings einen Haken, denn weder im Vorfeld dieser Ent-

dass dabei die Pläne des Bezirksamts auch grundsätzlich in Frage gestellt werden sollen. Wir meinen, echte und faire Bürgerbeteiligung sieht anders aus und darf auch durch die hohe Nachfrage nach Wohnungen nicht untergraben werden! Unser Änderungsantrag, dem sich die Piraten angeschlossen haben, sieht daher vor, dass die Themen Zukunft der JVS und mögliche Neubebauung bei Standortaufgabe gleichwertig diskutiert werden. Vor allem aber dürfen hier keine Entscheidungen vorweggenommen werden, die später möglicherweise nachteilig für den Kiez sind. Dass somit sowohl die Bürgerdialogveranstaltung selbst als auch die anschließende Dokumentation der Ergebnisse gegenüber der BVV zu einem Zeitpunkt vor Beschlussfassung der



Demokratie ist Bürgerbeteiligung

scheidung noch danach erfolgte eine wirkliche Einbeziehung der Bürgerschaft des Kiezes und der Betroffenenvertretung Turmstraße. Diese hatten erst während des Sommers informell über andere Kanäle die Informationen über die beabsichtigte Standortaufgabe samt Neubebauungskonzept erhalten.

Die Empörung war also entsprechend groß, und so brachten SPD, Grüne und CDU einen gemeinsamen Antrag zur Durchführung einer Bürgerdialogveranstaltung ein. Klingt erst mal gut, aber der Teufel sitzt wie so oft im Detail. Denn die drei Fraktionen beabsichtigen hier eher eine reine Informationsveranstaltung, bei der sich die Bürger zwar äußern und ihren Unmut kundtun dürfen, allerdings ohne

BVV über die Zukunft des Jugendverkehrsschulstandortes erfolgen muss, haben wir daher ebenfalls in unserem Änderungsantrag festgehalten.

Immerhin: Die zuständige Stadträtin Frau Smentek (SPD) hat in der BVV erklärt, dass sie die geplante Drucksache zur Zukunft der JVS nicht sofort nach Einbringung beschließen lassen, sondern zunächst in alle zuständigen Fachausschüsse überwiesen wissen will. Was aber den Bürgerdialog angeht, so wurden diesmal wegen der immensen Fülle der Tagesordnung weder Antrag noch Änderungsantrag abgestimmt, sondern auf die Tagung im Oktober verschoben. Man darf also gespannt bleiben ... **Falko Loeff**



Falko Loeff berichtet aus der BVV

## Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE.

mit **Rechtsanwalt André Roesener:**

- **An jedem ersten Mittwoch des Monats** von 17 bis 19 Uhr im **Nachbarschaftszentrum**

„**Bürger für Bürger**“ der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin und

- **an jedem dritten Mittwoch des Monats** im **Kreativhaus**, Fischerinsel 3, 10179 Berlin

- **Jeden Mittwoch im Monat**

kostenlose Beratung zu **Sozialrecht (Hartz IV)** sowie **Familien-, Miet- und Arbeitsrecht** durch die Rechtsanwälte Karl Schwarz, Michael Groß und Herbert Butter von 17 bis 19 Uhr (keine Anmeldung erforderlich) im **LinksTreff**, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28 70 57 51

- **Jeden 4. Mittwoch im Monat:**

von 14 bis 16 Uhr **kostenlose Mieterberatung** im **Karl-Liebknecht-Haus**, Raum 523, Kleine Alexanderstraße 28, 10178.

Die Linke – Fraktion in der BVV

## Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden

**jeden Mittwoch von 09.30 – 11.30 Uhr** und **am ersten Montag von 16.30 bis 18.00 Uhr**

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin, Raum 114 statt. Telefon. 901 82 45 65

# Auftakt für zwei intensive Jahre

**A**m Wochenende, an dem wir uns zu unserem Landesparteitag treffen werden, jährt sich zum 25. Male der Tag, an dem die Berliner Mauer fiel. Es war der Tag, an dem die Krise, die die DDR erfasst hatte, eine unumkehrbare Wende nahm und den Zusammenbruch des realsozialistischen Systems hierzulande besiegelte.

Krisenhafte Zeiten erleben wir auch heute. Die seit 2008 anhaltende weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise ist, entgegen aller Gesundheitsbeterei, keineswegs überwunden. Die Zahl internationaler militärischer Konflikte wächst. Kriege drohen sich auszuweiten.

Angesichts dessen nimmt sich die Krise, in der die Berliner Politik steckt, geradezu lächerlich aus. Die Stagnation, die die SPD-CDU-Koalition seit Monaten verantwortet, wirkt jedoch zunehmend verheerend auf das alltägliche Funktionieren der Stadt. Steigende Mieten, überfüllte Bürgerämter, zerbröselnde Brücken und Turnhallen, fehlende Flüchtlingsunterkünfte – die Liste an Beispielen ist lang. Doch statt nach dem angekündigten Rücktritt von Klaus Wowereit den Weg für einen Neuanfang und für Neuwahlen freizumachen, ketten sich beide Regierungsparteien aus Angst vor dem eigenen Machtverlust noch fester aneinander. Der Mangel an gemeinsamen Vorstellungen zur Zukunft der Stadt soll durch die Flucht in ein neues teures Großprojekt, nämlich die Ausrichtung der Olympiade in Berlin, übertüncht werden.

Für uns Berliner LINKE ist das keineswegs eine einfache Ausgangssituation. Zwar ist es uns in den vergangenen Jahren gelungen, die Koalition in zentralen Fragen wie der Gestaltung der Energiewende, der Perspektiven für den öffentlichen Dienst, der

Stadtentwicklung oder der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Stadtpolitik unter Druck zu setzen. Aber angesichts des desolaten Zustands der SPD, des unverhohlenen Schielens der Grünen nach der CDU und einer zerfallenden Piratenpartei sind politische Mehrheiten für eine alternative

Stärkung unserer Mobilisierungsfähigkeit. Wir müssen uns auch für neue Themen und Fragestellungen öffnen. Beispielsweise wie sich der technische Fortschritt, insbesondere die zunehmende Digitalisierung, auf die Arbeits- und Lebenswelt von immer mehr Menschen auswirkt.



Blick Richtung 2016: Klaus Lederer, Vorsitzender des Landesvorstandes Berlin

Politik momentan nur schwer auszumachen.

Unsere Aufgabe in den kommenden Jahren besteht also darin, unsere eigenen politischen Konzepte stärker zu profilieren und für sie um Mehrheiten in der Stadtgesellschaft zu werben. Dafür müssen wir uns auch als Partei weiterentwickeln. Das betrifft nicht nur die organisatorische Festigung, die Mitgliederarbeit, die Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Initiativen, die Verbesserung unserer Öffentlichkeitsarbeit und die weitere

Der im November neu zu wählende Landesvorstand wird zudem die Vorbereitung der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und in den Bezirken organisieren. Das gilt es bereits jetzt in den Blick zu nehmen. Denn in krisenhaften Zeiten sind jähe Veränderungen nie auszuschließen. Lasst uns also auf unserem Landesparteitag einen kraftvollen Auftakt für zwei intensive, aktive und erfolgreiche Jahre unserer politischen Arbeit gestalten! **Klaus Lederer**

Fortsetzung von Seite 1: **Max-Planck-Gymnasium bleibt erhalten**

schlechten Möglichkeiten gewesen“ sei. Offensichtlich sollte die Sommerpause genutzt werden, um die parlamentarischen und schulischen Gremien, die an solchen wesentlichen Entscheidungen beteiligt werden müssen, vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Das MPG ist die letzte staatliche Oberschule im gesamten Neubaugebiet des „Altbezirkes“ Mitte, eines Gebietes mit über 40.000 Bewohnern. Dass wesentlich schlechter ausgelastete Schulen im Wedding nicht zur Schließung vorgeschlagen wurden, ließ die

„Berliner Zeitung“, den „Berliner Kurier“ oder den „Tagesspiegel“ spekulieren, ob das damit zu tun hat, dass dort Bezirksbürgermeister Hanke (SPD) seine politische Heimat hat.

Am MPG lernen Schüler aus 46 Nationen, es ist eine „Schule gegen Rassismus“ und wird bald eine der wenigen UNESCO-Projektschulen in Berlin sein. Es ist ein Gymnasium, in dem „Willkommensklassen“ existieren. Das sind Klassen, in denen Kinder ohne Deutschkenntnisse die deutsche Sprache erlernen. Am MPG wird seit Jahren erfolg-

reich Integration, Toleranz und gegenseitiger Respekt gelebt.

Allein schon die Ankündigung eine Schule schließen zu wollen, schadet einem Schulstandort gewaltig. Eltern, die prüfen, auf welcher Schule sie im nächsten Jahr ihr Kind anmelden wollen, werden jetzt beim MPG lesen, dass es geschlossen werden sollte. Sie werden jetzt zweimal überlegen, ihr Kind dorthin zu schicken. Die Schulstadträtin hat der Schule einen Bärendienst erwiesen.

**Carola Bluhm**

## Menschen in Mitte

# Ein Leben für Kinder in Moabit: Katja Antonia Hanke

**Katja Antonia Hanke kann sich sehr gut vorstellen, ihr ganzes Leben Kindern zu widmen. Die 27-jährige im Münsterland geborene und in Essen aufgewachsene junge Frau ist Mitarbeiterin bei BürSte e.V., dem gemeinnützigen Verein Bürger für den Stephankiez in Berlin-Mitte und zugleich Betreuerin beim Kinder- und Jugendaktionsteam „Power 21“, die beide unter einem Dach in der Stephanstraße 42/43 zu finden sind.**

„Für mich ist es eine große Genugtuung, mich konkret einbringen zu können für die Moabiter, vor allem für die kleinen und die jungen Leute, Negatives zum Positiven zu verändern“, ist ihr Argument.



Stark für den Kiez: „Katja“

Schon weithin sichtbar am Stephanplatz ist der farbenprächtig bemalte Container voll von Fahrrädern, Rollern, Skateboards, Fußbällen, Tennis- und Federballausrüstung aber auch Puppen, Holzbaukästen und anderen Sport-

und Spielsachen, die kostenlos an Kinder und Jugendliche verliehen werden. Katja und ihre Mitstreiter stellen davor Tische zum Basteln, Malen und Spielen auf.

## Gemeinsam für einen noch lebenswerteren Kiez

Bis zu 150 Mädchen und Jungen kommen täglich an den Nachmittagen zum gemeinsamen Zeitvertreib, zum sinnvollen Miteinander. Tomy, der neunjährige Sohn eines türkischen alleinerziehenden Vaters, ist zum Beispiel fast jeden Tag da. „Unsere jungen Gäste sollen sich bei uns wie zu Hause fühlen“, betont die Mutter von zwei Kindern. „Jetzt sind wir – das Team von „Power 21“ – dabei, eine Vernetzung mit Schulen, Kindergärten, Firmen und Institutionen aufzubauen, um den Stephankiez noch lebenswerter zu machen, indem wir uns gemeinsam Aktionen ausdenken für Sauberkeit und freundlichen Umgang. Unterstützt werden wir vom Quartiersmanagement Moabit-Ost, vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung der EU und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt.“

BürSte e.V. kümmert sich ehrenamtlich um den 2000 Quadratmeter großen Stephanplatz, hält ihn sauber und pflegt die Grünanlagen. Auch für den Bürgergarten Moabit ist der Verein zuständig. Kostenlose Rechtsberatung, Kaffeeklatsch für Senioren und Kieztreffen werden angeboten. „Power 21“ veranstaltet neben vielem anderen Fairplayturniere, Sport-Workshops und das traditionelle Halloweenfest.

Um ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit immer besser gerecht werden zu können, beginnt Katja, wie sie von allen nur genannt wird, 2015 ein Studium der Sozialpädagogik. Für die Zukunft hat die quirlige, zarte Frau viele Ideen. „Vor Sport und Spiel müssten wir den Schülern auch bei der Erledigung der Hausaufgaben helfen“, ist sie der Meinung. „Und wir müssen noch mehr Vertraute und Helfer sein für die vielen Fragen und Konflikte unserer Besucher. Garantiert werden wir noch sehr lange gebraucht.“ Und dafür benötigen BürSte und „Power 21“ Menschen wie sie. Mehr Infos über [www.Power-21.de.TL](http://www.Power-21.de.TL) und [www.stephankiez.de](http://www.stephankiez.de).

Matthias Herold

## Kurznachrichten

### ► Eine Generation Hartz IV

Mehr als 20 Prozent aller Berliner zwischen 15 und 24 beziehen Hartz IV. In dieser Altersgruppe gibt es schon vollständige Hartz-Biografien. Viele waren bereits als Kinder auf Sozialleistungen angewiesen. Sozialverbände fordern ebenso wie Linkspartei und Grüne nachhaltige Strategien, die Jugendliche für Ausbildung und Arbeit begeistern können. Die Politik müsse die Jobcenter zu solchen Angeboten befähigen.

### ► Schwedischer Doppeldeckerbus für Berlin?

Das schwedische Unternehmen Scania baut einen ersten Doppeldeckerbus, der womöglich demnächst in Berlin fahren könnte. Es ist ein Zweiachser, der 89 Fahrgäste aufnehmen kann. Schon im Dezember soll ein Testfahrzeug ein Probejahr absolvieren. Es soll vor allem auf Strecken eingesetzt werden, die bisher von Doppeldeckern und Gelenkbussen nicht befahren werden können.

### ► Schon wieder 'n Spitzenplatz für Berlin

Diesmal beim Autoklau. Bei den 16 Bundesländern hält Berlin die „pole position“. Hier wurden im vergangenen Jahr von 1000 versicherten Autos 3,5 als gestohlen gemeldet. Brandenburg brachte es nur auf etwas mehr als die Hälfte – 1,8 von 1000 versicherten Fahrzeugen. Das war aber bundesweit immerhin Platz zwei. Die wenigsten Diebstähle gab es 2013 in Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und im Saarland. Deren mickrige Klau-Quote betrug 2013 nur 0,2!

### ► Jede dritte Berliner Ferienwohnung in Mitte

Von schätzungsweise 12.000 Berliner Ferienwohnungen liegen (ebenfalls geschätzte) 4.500 im Bezirk Mitte. Bis zum 1. August mussten sie beim Bezirksamt angemeldet werden. Bis zum 31. Juli hatten das indes nur 1.400 getan. Mittes Stadtrat für Bürgerdienste Stephan von Dassel (Grüne) rechnet damit, dass es etwa 2.000 werden könnten. Die Nichtgemeldeten werden festgestellt. Dazu von Dassel: „Von einigen wissen wir schon, auf andere stoßen wir durch Internetrecherche.“ Etwa hundert Verstöße seien auch angezeigt worden, sagte der Stadtrat. Der Berliner Mieterverein hat auf seiner Internetseite eine Musteranzeige veröffentlicht, mit der Bürger Verstöße gegen das Zweckentfremdungsverbot melden können.

Die Mittendrin jetzt auch  
Online erleben:

► [www.die-linke-mittendrin.de](http://www.die-linke-mittendrin.de)

und auf Facebook unter

► [www.facebook.com/linke.md](http://www.facebook.com/linke.md)

## Bei anderen gelesen

### ► *Neue Feinde – neue Opfer*

Kriege zu führen, indem man andere bewaffnet, ist vor allem heuchlerisch. Was kurzfristig funktionieren soll, geht mittelfristig meistens schief. Neben den Waffenlieferungen gibt es noch zwei Optionen: Krieg führen. Oder Frieden. Vermutlich wären wir heute gar nicht in der Situation, uns zu den Mördern im Nord-Irak verhalten zu müssen, wenn wir in früheren Jahrzehnten mehr auf Frieden und weniger auf Waffenverkäufe gesetzt hätten. Eines ist keine Alternative: Krieg führen, indem man einem anderen Waffen in die Hand drückt und ihn in den Kampf schickt, ist nicht friedlicher, als wenn man selbst tötet. Es ist heuchlerisch. „taz“, 18.09.2014

### ► *Berliner Flüchtlingsdrama*

Bald sind es zwei Jahre, dass Flüchtlinge auf Berliner Dächern, in Schulen oder Kirchen sitzen und gegen die geplante Asylrechtsreform protestieren. Ein Ende ist nicht in Sicht. Sie besetzten die Grünen-Parteizentrale in Berlin und wollen die Partei davon abhalten, auf einen Kompromiss zur Verschärfung des Asylrechts einzugehen. De Maiziere will Abschiebungen „praktikabel“ machen. Die Gruppe „Aktion gegen die Asylrechtsverschärfung“ forderte die Grünen auf, bei der Abstimmung im Bundesrat das umstrittene Gesetz der Regierung zu sicheren Herkunftsländern abzulehnen. „Die Zeit“, 17.09.2014

### ► *Kürzere Arbeitszeit*

„Wenn ich das vorrechne, sind alle erstaunt“, sagt der Wirtschaftsprofessor Heinz-Josef Bontrup in einem Interview. Und weiter: „Gegen den Jobverlust durch Roboter können Gewerkschaften etwas tun. Sie sollten für ein Ende der 40-Stunden-Woche kämpfen. Der technische Fortschritt hat uns schon immer die Arbeit erleichtert. Natürlich werden weniger Menschen gebraucht, um die gleiche Leistung zu erzielen. Die Gesellschaft muss dann die Arbeitslosen versorgen. Um das zu verhindern, müsste die Arbeitszeit verkürzt werden. Dies durchzusetzen, das wäre die Aufgabe der Gewerkschaften, aber auch der Politik. Die Diskussion über die Arbeitszeitverkürzung ist uralte, aber immer noch aktuell. Seit Jahrzehnten gibt es fast keine Bewegung mehr in Sachen Arbeitszeitverkürzung, im Gegenteil, sie wurde verlängert.“

„Der Freitag“, 18.09.2014

# Initiativen und Projekte im Stadtschloss Moabit

## *Selbsthilfe und Nachbarschaftsarbeit im Stadtteil Moabit*

Träger des Stadtschlusses Moabit ist der Moabiter Ratschlag e.V., der eine große Vielfalt von Nachbarschafts- und Selbsthilfeprojekten mit speziellen Angeboten für bestimmte Generationen organisiert, z.B. frühe Hilfen für Familien oder Selbsthilfeprojekte sowohl für Kinder und Jugendliche als auch für Senioren.

Der Name soll eine ironische Replik auf die Diskussion um das Berliner Schloss in Mitte sein und nicht zuletzt das Selbstbewusstsein der Moabiter ausdrücken.

In den letzten Jahren sind die Aktivitäten im Stadtschloss merklich angewachsen. Sie reichen von Rechtsberatungen in vielen Fachgebieten



Nachbarschaftshaus voller Angebote

STADTSCHLOSS MOABIT heißt das Nachbarschaftshaus Rostocker Straße 32 übrigens seit einer Umfrage vor elf Jahren, nachdem eine Jury aus engagierten Anwohnern den Namen aus zahlreichen Vorschlägen ausgewählt hatte.

über die Unterstützung von Menschen mit Behinderung bis zu Informationsveranstaltungen wie dem monatlichen „Kiezplenum“, das z.B. im August die Umsetzung der Zweckentfremdungsverbotsverordnung zum Thema hatte.

## *Diskussionsveranstaltung zu Aufwertung und Verdrängung*

Am 11. September fand im Stadtschloss Moabit eine gut besuchte Diskussionsveranstaltung des „Runden Tisches gegen Gentrifizierung“ mit dem Stadtsoziologen Andrej Holm zum Thema Aufwertung und Verdrängung statt. Gentrifizierungsprozesse haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen und betreffen besonders in den Stadtzentren nicht nur die ärmeren Schichten, sondern auch die Mittelschichtshaushalte. Voraussetzung der Gentrifizierung können wohnungswirtschaftliche Inwertsetzungsstrategien wie auch politisch gewollte Aufwertungen sein.

Häuser werden renoviert, neue Kneipen und interessante Geschäfte eröffnen, Grünanlagen werden mit Fördermitteln erneuert – aber: Werden wir uns die Mieten in den

nächsten Jahren noch leisten können? Andrej Holm erklärte an konkreten Beispielen, wie Aufwertung und Verdrängung ökonomisch, politisch und kulturell zusammenhängen. Nach dem Vortrag hatten MieterInnen aus Moabit die Gelegenheit, über ihre Erfahrungen mit Modernisierung, Mieterhöhung oder Umwandlung in Eigentumswohnungen zu berichten. Dabei konnten auch Beispiele erfolgreicher Mietermobilisierung vorgestellt werden, besonders eindrucksvoll war die Gegenwehr der SeniorInnen vom Hansa-Ufer 5.

Der „Runde Tisch gegen Gentrifizierung“ in Moabit hatte die Veranstaltung sehr gut vorbereitet – auch kulinarische Stärkungen zwischendurch und Auslagen mit Informationen von Mieterorganisationen fehlten nicht.

**Rainer Scholz**

# Für gerechten Frieden in Nahost

**Gespräch mit der israelischen Künstlerin und Aktivistin Adi Liraz**

*Während des letzten Gaza-Krieges fanden in Berlin-Mitte, Kreuzberg und Neukölln Kundgebungen statt. Du und andere Israelis haben sich an der Organisation der friedlichen Demonstrationen beteiligt. Seit wann setzt du dich für Frieden und einen Richtungswechsel der israelischen Politik ein?*

Der Konflikt ist seit Jahren Thema meiner Kunst. Da ich politisch aktiv sein wollte, hat sich der Kontakt zu dem palästinensischen Initiator der ersten Kundgebung ergeben. Die meisten Teilnehmer waren Aktivisten, die nach Möglichkeiten gesucht haben, ihren Protest auszudrücken.

*Was sind deine persönlichen Motive?*

Ich bin gegen Rassismus. Und als jüdische Israelin habe ich das Privileg, dass ich gehört werde, wenn ich Kritik äußere. Das Privileg haben die Palästinenser nicht. Darin sehe ich meine Verantwortung.

Die israelische Regierung argumentiert: Wir müssen uns verteidigen, wir haben keinen anderen Ort zum Leben. Das ist ein Schutz,

um nicht zu sehen, welcher Horror auf der anderen Seite passiert. Es geht nicht, weiter zu töten und zu bombardieren. Es ist egal, welche Ursachen der Konflikt hat. Wir müssen miteinander kommunizieren.

*Was ist mit der anderen Seite, mit Hamas?*

Gaza ist seit vielen Jahren abgeriegelt. Auch wenn kein Krieg ist, haben sie keinen Frieden und keine Freiheit. Angst ist Teil ihres Alltags. Es wäre zu viel verlangt, dass sie nicht versuchen, sich zu befreien.

*Was macht es schwer, sich an einen Tisch zu setzen?*

Das Hauptproblem liegt in der Geschichte. Von den europäischen Juden haben viele, nicht alle, gesagt, das ist unser Land. Es hat die Vertreibungen gegeben, viele Palästinenser wurden getötet. Deshalb ist es schwer für sie zu sagen: Jetzt beenden wir den Widerstand. Sie sind nicht gleichgestellt. Israel muss viel aufgeben, dann können wir reden. Israel muss Zugeständnisse machen,

Risiken in Kauf nehmen und in den Frieden investieren.

*Wie könnte sich ein friedliches Zusammenleben entwickeln?*

Der wichtigste Beitrag wird von den kleinen Leuten kommen, die gemeinsam etwas schaffen.

*Bei der Kundgebung gegen Antisemitismus am Brandenburger Tor habt ihr gegen den Versuch protestiert, Kritik an der Politik Israels mit Antisemitismus gleichzusetzen. Viele anwesende Mitglieder der jüdischen Gemeinde schienen zu glauben, ihr wärt für die Vernichtung Israels.*

Ja, das ist wieder das Selbstverteidigungsargument: wenn jemand Kritik übt, dann ist er gegen mich. Ich finde, es muss immer Platz für Kritik sein. Dass das kein Antisemitismus ist, ist für viele schwer zu verstehen.

**Adi Liraz ist bildende Künstlerin, Mutter zweier Kinder und lebt seit 11 Jahren in Berlin.**

**Das Gespräch führte Claudia Jacob.**

## Wetta jibt's imma!

**Die Sonne hat lange gewärmt, manche Gastronomie blüht. Aus dem Italiener Ackerstraße wurde das „Wien Mitte“. In der Großen Hamburger ist der Immobilienhandel von einer asiatischen „Fusion Cuisine“ abgelöst worden, auch die Rosa-Luxemburg-Straße ist mittags kaum wiederzuerkennen. Dass auf den eiteln Klamottenladen Tucholsky-/Ecke Auguststraße ein italienisches Kaffeehaus folgt, freut mich auch. Wie das Wetter, ist die Straße für Überraschungen gut.**

Besserwisserisch verbreiteten Sommermedien, die Einheimischen hätten die Touristen satt, und sie unterschlugen, dass diese dem Straßenleben und der gastronomischen Vielfalt die Würze geben. Letztere fehlt am Alexanderplatz, wo sich auf klebrigen Betonstufen die durch Konsumgier erschöpften Touristen und Berlinbewohner hinter riesigen Primark-Tüten erholen. Noch vor kurzem kam man wegen des berühmten Platzes – heute um der Schnäppchen willen. Vor dem neuen Kaufparadies wacht in dunkler Dienstkleidung Primarks durchtrainiertes Team. Würden solche Männer den Platz im Auge haben, die

Kriminalität hätte einen schweren Stand.

Nur Stationen weiter wirkt es am Potsdamer Platz für Berliner Verhältnisse bescheiden, ruhig und sauber. Den Mangel an Bänken machen alte Bäume mit Herbstlaub wett, unter denen spaziert, Maulaffen feilgehalten oder vor Restaurants gespeist und getrunken wird. In der Passage ist der Mauerfall auf Fotos und dreidimensional zu begutachten. Das interessiert auch junge Touristen. Bald wird fast nebenan die nächste Galerien-Kauflandschaft eröffnen und das historische Sechseck Leipziger Platz schließen. Die Straße kann sich beleben, der öffentliche Durchgang wird Wetterschutz sein. Doch Hotels, Restaurants, Läden und Wohnungen sind das neue Berlin, auch wenn behauptet wird, hier würde sich das Gewesene reproduzieren. An Geschichte erinnert derzeit auch kaum das Skelett der Staatsoper mit Kran-Ballett. Wie die Baustellen von U-Bahn und Schloss verkündet sich hier urbaner Gestaltungswille,



Baustellen rund ums Jahr überall in Mitte

nicht minder dort, wo das Wasser im umstrittenen Eingangsneutiefbau der Museumsinsel endlich gestoppt wurde, und am Museumsforum jenseits des Spreearms, wo zwischen Monbijou- und südlicher Tucholskystraße wieder Arbeiter am Werk sind. Der Auf- und Umbau geht irgendwie weiter. Sicher ist uns auch neuer Regen.

**Irene Runge**

# TTIP: auf dem Weg in einen transatlantischen Binnenmarkt?

**S**eit einem Jahr verhandelt die EU-Kommission im Auftrag des Rates der Regierungen der EU Mitgliedstaaten mit der US-Regierung über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP). In diesen Verhandlungen geht es um noch weit mehr als die Abschaffung von Einfuhrzöllen.

Es geht auch um die Öffnung des Dienstleistungsmarktes, um die Ausschreibung öffentlicher Aufträge, um ein Klagerecht für Investoren gegen Regierungen vor Sondergerichten, um die Angleichung von Standards und Regulierungen auf beiden Seiten des Atlantiks. Die Verhandlungen sind so weitgehend und umfassend, dass wir am Ende eigentlich nicht mehr von einem Handelsabkommen sprechen sollten, sondern von der Schaffung eines transatlantischen Binnenmarktes.

Aus dem Prozess der Schaffung des Europäischen Binnenmarktes haben wir gelernt, dass es nicht ausreicht, einfach nur Wirtschaftsinteressen den Weg frei zu räumen. Ein Binnenmarkt ist ein sehr komplexes Dominospiel. Mehr Handel für den einen kann Verluste für den anderen bedeuten. Änderungen in Handel und Produktion wirken sich auf Umwelt und Arbeitnehmerinteressen aus. Wir arbeiten noch immer daran,

der Europäischen Union die demokratischen Instrumente zu geben, durch welche diese Prozesse vom Willen der Bürgerinnen und Bürger gelenkt werden können. In TTIP ist das nicht vorgesehen. Es sind große Konzerne, die den Unterhändlern ihre Wunschzettel vorlegen. Viele Verbraucherschutzstandards, die für uns wichtige Errungenschaften sind, stellen für die Konzernmanager nur Handelshemmnisse dar.

So sind inzwischen auf beiden Seiten des Atlantiks große Gewerkschaften, Bauernverbände, Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen extrem besorgt. Auch Kommunen sehen in TTIP zunehmend eine Bedrohung; zum Beispiel befürchten sie Investorenklagen gegen die Rückübertragung von Stadtwerken oder Wohnraum in kommunales Eigentum. In TTIP sollen auch Abwasserentsorgung, Bildungs- und Kulturangebote den Marktgesetzen unterworfen werden. Im Europäischen Parlament, ohne dessen Zustimmung das Abkommen nicht abgeschlossen werden kann, erhalten die Abgeordneten zu TTIP mehr Zuschriften empörter Bürgerinnen und Bürger als zu irgendeinem anderen Thema.

In der Arbeit der Linksfraktion (GUE/NGL) im Europaparlament, aber auch in Veran-



Widerstand gegen TTIP muss weiter anwachsen

staltungen des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Brüssel, ist der Widerstand gegen TTIP zu einem zentralen Thema geworden. Koordiniert von MdEP Helmut Scholz stimmen sich linke Abgeordnete aus fast allen Fachausschüssen in ihrer Arbeit ab. Inzwischen wurde auch ein Netzwerk linker Abgeordneter aus den verschiedenen Parlamenten in den Mitgliedstaaten der EU gegründet. So wächst in enger Zusammenarbeit mit engagierten Menschen in Organisationen der Zivilgesellschaft europaweit der Widerstand gegen TTIP, das nachweislich weder Wachstum noch Arbeitsplätze bringen wird, aber unsere sozialen und ökologischen Errungenschaften und unsere Demokratie bedroht. In Frankreich haben sich bereits über 400 Kommunen zu „TTIP-freien Gebieten“ erklärt. Wann folgt Berlin?

**Bernd Schneider, Mitglied der BO Brüssel, Mitarbeiter im Europaparlament**

## An die Leserinnen und Leser der „Mittendrin“, die sich für *DIE LINKE* interessieren, hier ein Angebot zur Kontaktaufnahme

Ich wünsche Material über die Arbeit der *LINKEN* zu folgenden Themen:

Ich möchte bei der *LINKEN* mitarbeiten

- in einem Projekt,
- in einer Basisorganisation.

Ich möchte die *LINKE* unterstützen mit einer Spende.

Ich möchte Mitglied der *LINKEN* werden.

Zu senden an:

Bezirksverband Mitte  
der Partei DIE LINKE  
Geschäftsstelle  
Karl-Liebknecht-Haus  
Kleine Alexanderstraße 28 in 10178 Berlin  
fon: 24 00 9336  
[mitte@die-linke-berlin.de](mailto:mitte@die-linke-berlin.de)

Bankverbindung:

Konto-Inhaber: DIE LINKE. BZV Mitte  
BIC (SWIFT): DEUTDEDB 110  
Konto-Nummer: DE05 1007 0848 0525 6078 05

Unter: <http://www.dielinke-berlin-mitte.de/service/kontakt/> können Sie uns auch über ein E-Mail- Formular erreichen.

## Das ist das Letzte

Ach i wo! Da kommt noch mehr. In diesen Wochen vor dem Jahrestag des Mauerfalls muss doch jeder der unzähligen Widerstandskämpfer gegen das „Zonen-Regime“ an das Brandenburger Tor pinkeln. Aber davon stürzt es nicht ein. Auch nicht, wenn Ex-Innenminister Otto Schily seinen schärfsten Strahl gegen die DDR richtet: „Die DDR roch schlecht, sah scheußlich aus und war spießig!“

Schily war Grüner und wurde dann Rosa. Er zog als Demonstrant gegen die Polizeiketten los und wurde dann deren Oberbefehlshaber. Er war einst Friedenskämpfer und folgte dann Joschka Fischer in den Krieg gegen Jugoslawien. Solche Karriere ist spießig, wirkt scheußlich und stinkt zum Himmel. Zumal Herr Schily diese Sätze nicht auf der Latrine vor sich hergesagt hat, sondern vor den Kameras und Mikrofonen des ZDF für eine Dokumentation zum Mauerfall. Daher drei Denkanstöße für die weitere Umwertung fremder Werte:

Schilys „Gestank vom Ostbenzin“ meint das Gemisch für die Zweitakter der Trabis und Schwalben. Der Trabi war immerhin das erste Serienfahrzeug mit Kunststoffkarosserie, das jeder Grüne anbieten müsste. Und zum 50. Geburtstag der zweirädrigen „Schwalbe“ erschienen gerade über 1.500 solcher Fahrzeuge vor dem Fabriktor bei Simson-Suhl zum dankbaren Hupkonzert! Das wirkte sicher etwas geruchsbelästigend, aber der dreifache Verkehrsaufwand auf den heutigen Straßen ist auch nicht gesünder für die Lungen! Die Scheußlichkeiten, die die Treuhand hinterließ, sind wirklich scheußlicher. Und was Hartz-IV unter den Menschen anrichtet, kann Schilys feines Näschen gar nicht wahrnehmen.

Arthur Paul

# Sommerfest 2014

*Herzlichen Dank an die vielen fleißigen Helferinnen und Helfer, die unser diesjähriges Sommerfest organisiert haben! Vielen Dank an das Team vom Kreativhaus und natürlich an alle Besucherinnen und Besucher. Bis zum nächsten Jahr!*



### Impressum:

**Bezirksvorstand Berlin-Mitte**  
der Partei DIE LINKE

### Geschäftsstelle:

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin  
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337

### E-Mail-Adresse:

info@die-linke-berlin-mitte.de

**Internet:** www.dielinke-berlin-mitte.de

**V.i.S.d.P.:** Thilo Urchs

### Satz + Druck:

R. Metzler/Druckerei Bunter Hund, Berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallelität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.

**Redaktionsschluss:** 23.09.2014

**Ausgabetag für Nr. 11/2014 - 06.11.2014**



### Wir gratulieren im Oktober zum Geburtstag!

- |         |   |
|---------|---|
| Zum 95. | Gerda Gadow   |
| zum 89. | Anneliese Dohnert   |
| zum 88. | Karl-Heinz Elsen, Hannelore Schiller                          |
| zum 87. | Erika Jahnke, Peter Knoll, Eberhard Mannschätz, Irene Schwabe |
| zum 85. | Werner Butter   |
| zum 84. | Horst Pargmann  |
| zum 82. | Edith Schade, Maria Seifert                                   |
| zum 80. | Margret Hesse, Mika Ursula                                    |
| zum 75. | Klaus Eichler, Wilfried Jugl, Gisela Zach                     |
| zum 70. | Brunhilde Herbst  |